



## Mit 41 Stunden macht jedes Schichtdienstmodell krank

**Mehr als 16 000 der 39 000 Polizistinnen und Polizisten in NRW arbeiten im Schichtdienst, oft ein Berufsleben lang. Viele von ihnen leiden infolge des ständigen Wechsels zwischen Früh-, Spät- und Nachtdienst an ernsthaften Gesundheitsbeeinträchtigungen. Unter dem Titel „Fit im Dienst – gesund in den Ruhestand“ hat deshalb der GdP-Landesbezirk Ende Februar zu einem Schichtdienstforum nach Düsseldorf eingeladen. Mehr als 120 Kolleginnen und Kollegen, die selber im Schichtdienst eingesetzt sind, folgten der Einladung. Wäre der Tagungsraum doppelt so groß gewesen, wären doppelt so viele gekommen.**

Eines der wichtigsten Erkenntnisse des Schichtdienstforums lautet: 20 Jahre durchgehender Wechselschichtdienst sind genug. Danach muss es für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen einen Rechtsanspruch geben, zumindest aus dem Nachtdienst rauszugehen. Die zweite, nicht weniger wichtige Erkenntnis lautet: Bei einer 41-Stunden-Woche gibt es kein Arbeitszeitmodell, das auf Dauer nicht zu massiven Gesundheitsschäden und zu hohen Krankheitsausfällen führt. Deshalb gibt es außerhalb der Polizei auch keine andere Branche, in der dauerhaft in einer 41-Stunden-Woche im Wechselschichtdienst gearbeitet wird. Die überlangen Arbeitszeiten bei der Polizei und die lange Verweildauer im Wechselschichtdienst sind mitverantwortlich für die hohe Zahl der verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen.

Die Frage, wie die Wochenarbeitszeit im Wechselschichtdienst der Polizei begrenzt werden kann, war deshalb nicht nur auf dem Schichtdienstforum Ende Februar ein zentrales Thema, sondern sie wird auch auf dem Landesdelegiertentag vom 1. bis 3. April in Dortmund eine zentrale Rolle spielen, wenn über den Leitantrag des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands zum Schichtdienst beraten wird. Ziel des Leitantrages ist es, die GdP in der Diskussion über die Gestaltung des Schichtdienstes bei der Polizei vor die Lage zu bringen. „Die Reduzierung der 41 Stunden ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine gesunderhaltende Gestaltung des Schichtdienstes“, betonte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert auf dem Forum. „Das gilt nicht nur für den Wach- und Wech-

seldienst, sondern auch für die Arbeit in den K-Wachen und in den anderen Arbeitsbereichen der Polizei, in denen regelmäßig im Wechselschichtdienst gearbeitet wird“, sagte Plickert.



Welche Stundenbegrenzung die GdP im Detail anstrebt, muss die weitere Diskussion zeigen. Auf dem Schichtdienstforum selbst gab es unter den Teilnehmern zwar viel Sympathie für die Forderung, bei der Polizei wieder zur bis 2004 geltenden 38,5-Stunden-Woche zurückzukehren, aber es gab auch Skepsis, dass dieses Ziel angesichts der aktuellen Debatte um die Schuldenbremse nicht so schnell erreicht werden kann. Die Frage, ob es zumindest für den durchgehenden Wechselschichtdienst andere Regelun-

gen geben kann, gehört deshalb mit zu den zentralen Themen, die in der GdP diskutiert werden müssen.

Große Unterstützung fand auf dem Forum auch eine Forderung der Arbeitswissenschaftlerin Hiltraud Grzech-Sukalo, die Schichtdienstzeiten bei der Polizei mit einem besonderen Faktor zu gewichten. Das so angesparte Guthaben könnte zur Reduzierung der Arbeitszeit genutzt werden. Eine ähnliche Forderung findet sich bereits im 2010 vom GdP-Landesbezirk veröffentlichten Eckpunkte-Papier für ein neues Dienstrecht in NRW wieder. Dort hatte die GdP gefordert, dass die Zeit im durchgehenden Wach- und Wechseldienst mit einem Faktor gewichtet wird. Dadurch könnten Kolleginnen und Kollegen, die dauerhaft den gesundheitsbelastenden Anforderungen des Wach- und Wechseldienstes ausgesetzt sind, früher abschlagfrei in Ruhestand gehen. Oder sie könnten zwischendurch eine begrenzte Auszeit nehmen. Schichtdienstexpertin Grzech-Sukalo plädierte auf dem Forum allerdings dafür, den Fokus stärker auf die Gegenwart zu legen: Weil der Ausgleich für die krank machenden Faktoren des Schichtdienstes im Vordergrund steht, sollten die Ruhezeiten, die als Kompensation für die besonderen Belastungen gedacht sind, möglichst zeitnah genommen werden, zum Beispiel in Form einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit für diejenigen, die im Wechselschichtdienst eingesetzt sind. In vielen Polizeidienststellen spielt der Aspekt des Gesundheitsschutzes bislang eher eine untergeordnete Rolle. Auf dem Schichtdienstfo-

→ Seite 2





Fortsetzung von Seite 1

rum berichteten Teilnehmer, dass vor allem jüngere Kolleginnen und Kollegen die gesundheitsschädlichen Folgen überlanger Arbeitszeiten eher verdrängen würden. „Viele Kolleginnen

und Kollegen sehen nicht, dass sie sich dadurch selber schaden“, sagte dazu GdP-Vorsitzender Plickert. „Wer im jüngeren Alter in großem Umfang Überstunden anhäuft und dadurch später vorzeitig mit Abschlügen in Ruhestand gehen muss, weil er durch die

dauernde Arbeitsüberlastung krank geworden ist, ist doppelt bestraft. Das müssen wir verhindern.“ Rainer Peltz, verantwortliches Vorstandsmitglied der GdP für den Wach- und Wechseldienst, hat deshalb auf dem Forum darauf hingewiesen, dass die GdP am Ende ihrer Diskussion entscheiden muss, ob die belastenden Faktoren des durchgehenden Wechselschichtdienstes in erster Linie durch finanzielle Mittel ausgeglichen oder ob sie eher vermieden werden sollen. „Wir müssen uns der Frage stellen, was uns wichtiger ist: Gesundheit oder Geld“, sagte Peltz.

Der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens erinnerte zudem daran, dass die Beteiligung der Mitarbeiter bei der Weiterentwicklung der Schichtdienstmodelle eine wesentliche Voraussetzung ist, um zu praktikablen, von den Kolleginnen und Kollegen akzeptierten Schichtdienstmodellen zu kommen. Zudem müssten die Bedingungen vor Ort berücksichtigt werden. „Am Ende der Diskussion kann nicht ein Schichtdienstmodell für ganz NRW stehen, sondern wir können nur Rahmenbedingungen setzen, die vor Ort ausgefüllt werden müssen“, sagte Mertens.

Wie die Bedingungen konkret aussehen sollen, ist eine der Kernfragen, die auch auf dem Landesdelegierten-tag diskutiert werden sollen. Die Ergebnisse dieser Diskussion sollen anschließend die Grundlage für ein Positionspapier der GdP zum Schichtdienst bilden, das eine vom Vorstand eingesetzte Arbeitsgruppe bis zum Sommer vorlegen will. Dass das noch in der Entstehung befindliche Positionspapier der GdP auch die Diskussionen im Innenministerium beeinflussen wird, war schon auf dem Schichtdienstforum erkennbar. Friedhelm Hinzen, Leiter der von Innenminister Ralf Jäger eingesetzten ministeriumseigenen Arbeitsgruppe Schichtdienst, sagte auf dem GdP-Forum, er nehme von hier viele Anregungen für seine eigene Arbeit mit. Und das war nicht nur als Höflichkeitsfloskel gemeint.

Mehr Infos zum Schichtdienstforum:  
[www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

## Geld oder Gesundheit?

Noch befindet sich das Positionspapier, mit dem die GdP in die Debatte um die Gestaltung des Schichtdienstes bei der Polizei eingreifen will, in der Erarbeitungsphase. Aber an zwei Erkenntnissen kommen wir dabei nicht vorbei:

1. Es gibt kein Schichtdienstmodell, bei dem der jahrzehntelange Wechsel zwischen Früh-, Spät- und Nachtdienst nicht zu spürbaren gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt. Und das gilt erst recht bei einer 41-Stunden-Woche, die es außerhalb der Polizei nirgendwo sonst im durchgehenden Wechselschichtdienst gibt. Wir müssen deshalb entscheiden, wie wir den Schichtdienst begrenzen können. Bei der wöchentlichen Arbeitszeit und bei der Zahl der Jahre, ab der die Betroffenen spätestens aus dem Schichtdienst heraus rotieren können.

2. Es gibt keine Polizei ohne Schichtdienst. Auch in Zukunft wird er große Arbeitsbereiche der Polizei prägen – mit allen damit zusammenhängenden Gesundheitsbelastungen.

Wenn wir den Schichtdienst besser organisieren wollen, heißt das deshalb: Wir müssen entscheiden, wie wir die Belastungen des Schichtdienstes auf mehr Schultern verteilen können, damit Schichtdienst nicht automatisch „lebenslänglich“ bedeutet. Deshalb brauchen wir neue Wege, die aus dem Schichtdienst wieder herausführen, auch wenn die Spielräume dafür begrenzt sind, weil schon jetzt 16 000 der 39 000 Polizistinnen und Polizisten in NRW regelmäßig im Schichtdienst eingesetzt sind.

Und wir brauchen eine ehrliche Antwort auf die Frage, wie wir die gesundheitlichen Belastungen kompensieren wollen – mit Geld oder mit zusätzlicher Freizeit. Oder womöglich mit einer Kombination aus beidem.

Noch haben wir auch in der GdP keine abschließenden Antworten auf diese Fragen gefunden, aber eines steht fest: Wenn wir die Antworten nicht finden, findet sie auch kein anderer. Erst recht nicht das Innenministerium. Hier steht eher die Reduzierung der Kosten im Vordergrund, statt die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen. Deshalb ist es wichtig, dass wir offensiv über beiden Fragen diskutieren. Und es ist wichtig, dass wir die bis Ende des kommenden Jahres laufende Experimentierphase zur Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle bei der Polizei aktiv nutzen. Denn dafür haben wir dieses Zeitfenster dem Ministerium abgerungen.



**Arnold Plickert,**  
**Landesvorsitzender**



## Bundesverwaltungsgericht kritisiert Abkoppelung der Beamtenbesoldung als verfassungswidrig

Noch haben die Gerichte nicht über die von der GdP, der GEW und von ver.di eingereichten Klagen gegen die von Rot-Grün verweigerter Übernahme des Tarifabschlusses 2013/2104 für die Beamtinnen und Beamten entschieden, doch inzwischen mehren sich die Anzeichen, dass die Landesregierung mit ihrem Plan, den Beamten ein erneutes Sonderopfer zur Sanierung des Landeshaushalts abzuverlangen, scheitern wird: Ende Februar hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in einem von der GEW angestregten Musterverfahren entschieden, dass Beamte nach der derzeit geltenden Rechtslage in Deutschland nicht streiken dürfen. Zugleich stellten Deutschlands oberste Verwaltungsrichter aber auch klar, dass wegen des fehlenden Streikrechts der Beamten den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes eine maßgebliche Bedeutung für die Beamtenbesoldung zukommt.

Wörtlich heißt es in der Gerichtsentscheidung: „Die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern sind verfassungsgerichtlich gehindert, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung,

die in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommt, abzukoppeln.“

Die GdP sieht sich durch das Leipziger Urteil in ihrer Position bestätigt, dass die im Sommer vergangenen Jahres mit den Stimmen von Rot-Grün durch den Landtag gepeitschte Abkoppelung der meisten Beamten von der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst verfassungswidrig ist. „Formal ging es in Leipzig gar nicht um die verweigerter Übernahme des Tarifabschlusses in NRW, sondern um das Streikrecht für die Beamten. Deshalb ist es umso bemerkenswerter, dass sich das Bundesverwaltungsgericht am Rande seiner Entscheidung auch zu den Grundsätzen der Beamtenbesoldung geäußert hat“, betonte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert nach Bekanntwerden des Urteils. „Über die rechtliche Klarstellung des Bundesverwaltungsgerichts, dass die Besoldung der Beamten von den Politikern nicht willkürlich festgelegt werden kann, sondern dass sie sich an den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst orientieren muss, können weder die unteren Verwaltungsgerichte hinweggehen, wenn sie über unsere Klagen gegen das Besoldungsanpas-

sungsgesetz entscheiden, noch der Verfassungsgerichtshof in Münster, wenn er über die Normenkontrollklage von CDU und FDP befinden wird“, sagte Plickert.

Bestätigt sieht sich die GdP in ihrer Rechtsauffassung, dass die Abkoppelung der Beamten vom Tarifergebnis rechtswidrig ist, auch dadurch, dass das Bundesverwaltungsgericht mit seinem Urteil genau der Argumentationslinie gefolgt ist, die bereits im vergangenen Jahr der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Battis in einem gemeinsam von der GEW und der GdP vorgelegten Rechtsgutachten zur Besoldungsanpassung in NRW vertreten hat. Battis hatte darauf hingewiesen, dass Beamte schon deshalb nicht von der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden dürften, weil sie selbst weder über ihr Einkommen verhandeln können, noch streiken dürften. Mit der Ernennung zum Beamten sei der Gesetzgeber eine Verpflichtung zu einer amtsangemessenen Besoldung eingegangen. Diese Verpflichtung ließe sich auch nicht durch einen allgemeinen Hinweis auf die Finanzlage der öffentlichen Haushalte außer Kraft setzen.

## Landesdelegiertentag in Dortmund

Frauen stellen 20 Prozent der Delegierten

Fast zeitgleich mit dem Erscheinen dieser Ausgabe tagt vom 1. bis 3. April der 31. Ordentliche Landesdelegiertentag der GdP in Dortmund (Vorbereitung siehe DP 3/2014). Noch laufen die letzten Vorbereitungen auf Hochtouren, aber bereits jetzt steht fest, dass der diesjährige Landesdelegiertentag mit 158 Delegierten nicht nur kleiner sein wird als die Delegiertentage der vergangenen Jahre, sondern dass er auch weiblicher sein wird als alle Vorgängerkongresse. Mit 20,25 Prozent unter den gemeldeten Delegierten liegt der Frauenanteil nur noch knapp unter dem Anteil der Frauen an allen GdP-Mitgliedern von 24,75 Prozent. In der Vergangenheit hatte der geringe Anteil von Frauen in den Beschlussorganen der GdP immer wieder zu Diskussionen geführt. Noch beim letzten Landesdelegiertentag lag er bei 13 Prozent. Dieser Kritik haben die Kreisgruppen jetzt bei der Wahl ihrer Delegierten Rechnung getragen.

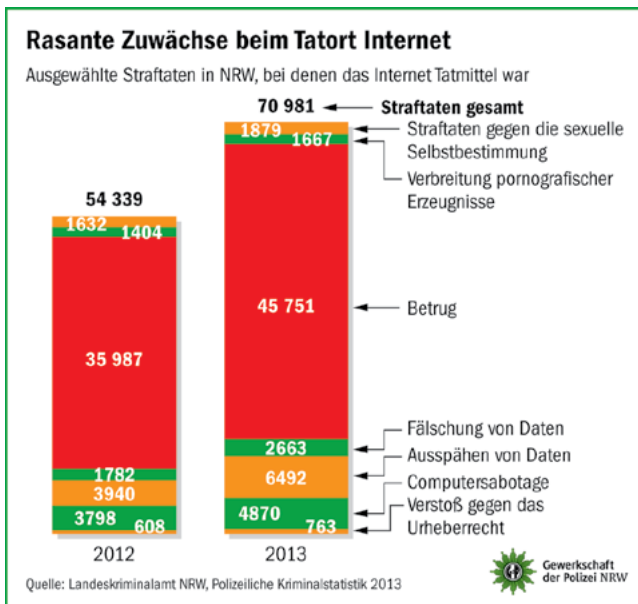
Dass der Delegiertentag in diesem Jahr zudem kleiner sein wird, geht auf einen Beschluss des Außerordentlichen Landesdelegiertentags im vergangenen Jahr zurück. Dort war beschlossen worden, in Zukunft nur noch einen Delegierten je 250 Mitglieder zu wählen. Statt 207 Delegierte wie beim letzten Landesdelegiertentag im April 2010, werden in diesem Jahr nur 158 Delegierte nach Dortmund anreisen. Auch die Zahl der Gastdelegierten wird in diesem Jahr niedriger sein. Dadurch können Kosten gespart werden. Das frei werdende Geld soll für die Stärkung der politischen Arbeit der GdP genutzt werden. Mehr Infos zum Landesdelegiertentag 2014: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)



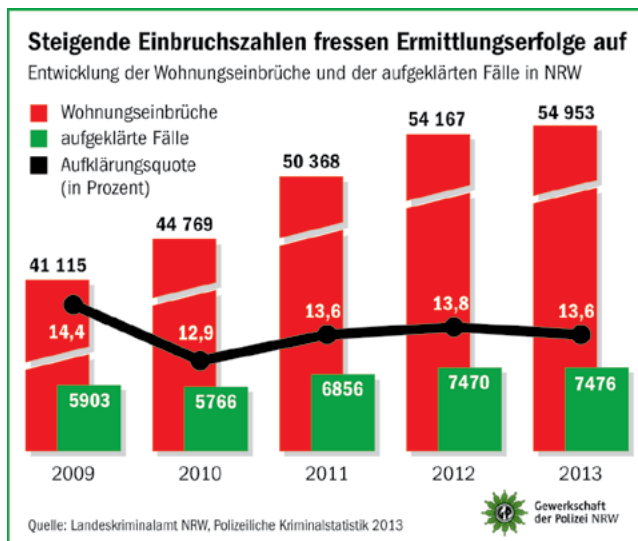


# Kriminalstatistik 2013: Kein Grund zur Entwarnung

Die Zahl der Straftaten ist im vergangenen Jahr in NRW um 2,2 Prozent gesunken, auf 1 484 943 Fälle. Ein Minus von 33 000 Straftaten. Bei der Gewaltkriminalität lag der Rückgang bei 4,4 Prozent (auf 46 983 Fälle), bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten lag das Minus bei 4,9 Prozent (294 403 Fälle), bei der Straßenkriminalität sogar bei 6,0 Prozent (388 859 Fälle). „Das sind gute Nachrichten“, sagte Innenminister Ralf Jäger (SPD) bei der Präsentation der PKS am 10. März in Düsseldorf. Doch der genaue Blick auf die Kriminalstatik zeigt ein anderes Bild: Neben Deliktfeldern mit deutlichen Rückgängen wie bei den jugendspezifischen Straftaten gibt es auch Bereiche mit rasanten Zuwachsraten.



Im Vergleich zu 2012 ist die Zahl der Straftaten, bei denen das Internet als Tatmittel genutzt worden ist, um 30 Prozent gestiegen. Experten rechnen auch in den kommenden Jahren mit hohen Zuwachsraten.



In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der aufgeklärten Wohnungseinbrüche in NRW um 30 Prozent gestiegen, 5766 aufgeklärte Fälle im Jahr 2009 auf 7476 in 2013. Trotzdem ist die Aufklärungsquote wegen des rasanten Anstiegs der Einbruchszahlen von 14,4 auf 13,6 Prozent gesunken.

Bei den Tageswohnungseinbrüchen zum Beispiel lag das Plus im vergangenen Jahr bei 4,8 Prozent – trotz des zuvor bereits erreichten sehr hohen Niveaus. Bei der Kinderpornografie lag der Anstieg sogar bei 14,8 Prozent, bei der Computerkriminalität bei 21,5 Prozent, bei den Straftaten, die mithilfe des Internets begangen wurden, bei 30,6 Prozent. Unmittelbar nach der Präsentation der Kriminalstatik 2013 hat deshalb GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert darauf hingewiesen, dass die aktuelle Kriminalstatik alles andere als ein Grund zur Entwarnung ist. „Überall da, wo wir als Polizei mehr Präsenz gezeigt haben, ist es uns gelungen, die Zahl der Straftaten zu senken und mehr Täter zu überführen, aber es gibt auch Deliktfelder, in denen der Zuwachs bei den Straftaten die Erfolge, die wir bei der Verfolgung der Täter erzielt haben, übersteigt“, sagte Plickert. Vor allem bei Straftaten, die besonders ermittlungsentensiv sind, gibt es oft hohe Zuwachsraten. „Die Erfolge, die wir durch neue Fahndungsmethoden und verstärkten Personaleinsatz in den vergangenen Jahren erzielt haben, werden dadurch zum Teil wieder zunichte gemacht“, sagte Plickert.

So konnte die Polizei in NRW in den vergangenen drei Jahren zum Beispiel die Zahl der aufgeklärten Wohnungseinbrüche um elf Prozent erhöhen, von 6586 auf 7476 Fälle. Gleichzeitig stieg aber die Zahl der verübten Einbrüche von 50 368 auf 54 953 Fälle. Die Aufklärungsquote ging deshalb auf gerade einmal 13,6 Prozent zurück. 2009 lag sie noch bei 14,4 Prozent. „Das Beispiel zeigt, dass die Polizei in NRW personell an ihre absolute Kapazitätsgrenze gestoßen ist“, sagte Plickert. „Meine Kolleginnen und Kollegen machen eine gute Arbeit, aber sie können mit dem wachsenden Fallaufkommen nicht Schritt halten“.

Auch bei den im Internet verübten Delikten sieht die GdP die Polizei vor enorme Probleme gestellt: „Die hohen Steigerungsraten sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich traditionelle Deliktfelder wie der klassische Betrug immer mehr in den virtuellen Bereich verlagern. Uns fehlen die Auswertekapazitäten und IT-Experten, um mit dieser Entwicklung Schritt halten zu können“, warnte der GdP-Vorsitzende.

Zwar gibt es seit mehreren Jahren im LKA ein eigenes Kompetenzzentrum Cybercrime, mit immerhin 100 auf Internetkriminalität spezialisierten Polizeibeamten, Technikern und IT-Experten, aber ein Großteil von dessen Ressourcen ist auf komplexe Ermittlungsverfahren konzentriert, während die Internetkriminalität immer mehr zu einem Alltagsphänomen wird. Deshalb hatte die GdP bereits vor zwei Jahren auf ihrem damaligen Kriminalforum über Internetkriminalität gefordert, dass es neben dem Kompetenzzentrum des LKA auch vor Ort in den



Polizeibehörden eigene Cyberexperten geben muss. Weil die Täter oft im Ausland sitzen, fordert die GdP zudem international einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Internetkriminalität. „Wenn Straftaten Tausende von Kilometern entfernt verübt werden können, dürfen Staatsgrenzen keine unüberwindlichen Hürden bei der Strafverfolgung sein“, so Plickert.

Dringenden Handlungsbedarf sieht die GdP auch bei der Bekämpfung der Kinderpornografie (plus 14,8 Prozent). „Ohne die Vorratsdatenspeicherung können sich viele Täter, die ihre Opfer oft für ein ganzes Leben schädigen, der Strafverfolgung entziehen. Das ist absurd und zeigt, wie weit die aktuelle Diskussion um eine Strafverschärfung von der Realität entfernt ist“, sagte Plickert.

## GdP aktiv

**3. 4.**, Skatturnier der Kreisgruppe Coesfeld, 17.00 Uhr, Hotel „Am Münstertor“, Münsterstr. 57, Coesfeld

**8. 4.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Solingen, 15.00 Uhr, Gaststätte Weeger Hof, Hermann-Meyer-Str. 20, Solingen-Höhscheid

**10. 4.**, Skatturnier der Kreisgruppe Hamm, 16.30 Uhr, Vereinsheim DJK Heessen Tennis, Dolberger Str., 59073 Hamm. Anmeldungen nur an PHK Knapkorte, Tel.: 0 23 81-8 76 40 34

**11. 4.**, Skatturnier der Kreisgruppe Euskirchen, 19.00 Uhr, Kurhaus Gemünd, Urftseestr., Euskirchen

## Wachsende Bedrohung durch im Bürgerkrieg radikalisierte Salafisten

Im syrischen Bürgerkrieg sind auch 300 Islamisten aus Deutschland beteiligt, 110 davon kommen aus NRW. Das hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) Anfang März in einem Interview mit der Westdeutschen Zeitung bestätigt. Von ihnen geht eine massive Sicherheitsgefahr aus, wenn sie durch die Beteiligung an Kriegsgräueln radikalisiert nach Deutschland zurückkehren. Bereits Ende Februar hatte die Rheinische Post über den Fall eines 24-Jährigen aus Dinslaken berichtet, der im Internet mit abgeschlagenen Köpfen posiert. Die GdP fordert, dass salafistische Kämpfer nach ihrer Rückkehr intensiv beobachtet werden. „Die Islamisten, die sich am Krieg in Syrien beteiligen, kommen noch radikalisiert zurück. Sie haben gelernt, mit Sprengstoff umzugehen und Bomben zu bauen“, warnte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert in der Rheinischen Post. Rechtlich gegen die Rückkehrer vorgehen kann die Polizei trotzdem erst dann, wenn ihnen die Beteiligung an Straftaten nachgewiesen werden kann. Hinzu kommt, dass die Hälfte von ihnen deutsche Staatsbürger sind, die zum Islam konvertiert sind. Sie dürfen deshalb jederzeit nach Deutschland zurückkehren.

**„Gute Arbeit. Soziales Europa.“** – Unter diesem Motto ruft in diesem Jahr der DGB drei Wochen vor der mit Spannung erwarteten Europawahl zu den traditionellen 1.-Mai-Kundgebungen auf. Mit dem Mai-Motto erinnert der DGB daran, dass die Arbeitgeber-Parole „Hauptsache Arbeit“ für viele Menschen in eine Sackgasse mündet, weil sie selbst bei einer Vollzeitstelle von ihrer Arbeit nicht leben können. Und er erinnert daran, dass Europa in erster Linie für die Menschen da sein muss, statt den Gewinninteressen international agierender Konzerne zu dienen. **Mai-Demonstrationen gibt es in diesem Jahr an 75 verschiedenen Orten in ganz NRW, häufig schließt sich an den Umzug ein Malfest mit einem attraktiven Kulturprogramm an. Die zentrale Mai-Kundgebung findet in diesem Jahr in Düsseldorf statt. Neben dem nordrhein-westfälischen DGB-Vorsitzenden Andreas Mayer-Lauber wird dort auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) reden. Mehr Infos: [www.nrw.dgb.de](http://www.nrw.dgb.de)**



Anzeige

## Radiologische Gemeinschaftspraxis

**I. Wendt • Dr. A. Jachtmann • Dr. (B) R. Frank • Dr. B. Nebelung  
Dr. H. Wegner • Ch. Baumgartner • Dr. J. Meyer • Dr. M. Müller**

Oberdießemer Str. 96 • 47805 Krefeld  
Tel.: 0 21 51/4 99-0 • Fax 499 299



# Frauenvorstand beschließt Arbeitsprogramm

Eine Polizei ohne Frauen ist heute undenkbar. Der Frauenanteil bei den Neueinstellungen liegt in NRW mittlerweile landesweit zwischen 36 und 39 Prozent pro Jahr. Die Förderung und Gleichstellung von Frauen bei der Polizei ist deshalb nicht mehr nur eine Frage der Fairness: Längst haben sich



auch in den Dienststellen die Vorteile einer heterogenen Belegschaft herumgesprochen. Selbst die Notwendigkeit, Frauen in Führungspositionen zu bringen, beginnt langsam Raum zu greifen. Trotzdem gestalten sich die Aufstiegschancen von Frauen im Polizeialltag oft noch schwierig. Dabei geht es den Frauen nicht darum, in der Polizei bevorzugt zu werden, sondern es geht ihnen darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die gleiche Aufstiegschancen für alle Beschäftigten ermöglichen. Wie dieses Ziel erreicht werden kann, hat der Landesfrauenvorstand der GdP Mitte Februar in einer zweitägigen Arbeitstagung diskutiert. Schwerpunkte des dabei beschlossenen Arbeitsprogramms für die kommende Legislaturperiode sind die Themen Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM) und Frauen in Führung. Beide Themen sollen in Zukunft auch unter dem Aspekt der Ver-

einbarkeit von Familie und Beruf betrachtet werden. Dazu zählen auch die Aspekte Wiedereinstieg nach der Elternzeit, familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie ein Personalentwicklungskonzept, das auch die Bedürfnisse und Möglichkeiten von Frauen berücksichtigt.

Neben den thematischen Schwerpunkten plant der Landesfrauenvorstand eine stärkere Verzahnung seiner Arbeit mit der der Gleichstellungsbeauftragten in den Behörden. In Form von Arbeitstreffen und Tagesveranstaltungen sollen Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Ansätze entwickelt werden. Auch der in den letzten Jahren begonnene regelmäßige Informationsaustausch mit den Mitgliedern der Landtagsfraktionen soll weiter ausgebaut werden, um die gewerkschaftlichen Positionen der Frauengruppe stärker in die Politik zu transportieren.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

**Redaktion:**

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36  
vom 1. Januar 2014  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe  
ist der 7. April 2014.**

**GdP-Service GmbH NRW:**

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 2. 4. Paul Schrewe, Gütersloh
- 8. 4. Willi Birck, Ennepetal
- Mathias Habets, Moers
- 10. 4. Fritz Eggensperger, Dortmund
- 17. 4. Hildegard Halfmann,  
Wermelskirchen
- 22. 4. Helene Kiefer, Velbert

### 91. Geburtstag

- 3. 4. Jutta Gieshoidt,  
Recklinghausen
- 4. 4. Anneliese Katzemich, Köln
- 9. 4. Elfriede Meyer, Leopoldshöhe
- 10. 4. Anneliese Lange, Bielefeld
- 13. 4. Emmi Klinge, Wesel
- 15. 4. Hans Becker, Frechen
- 23. 4. Helga Berfelde, Düsseldorf
- 26. 4. Kurt Grewing, Düsseldorf
- 29. 4. Anneliese Brinker, Bielefeld

### 92. Geburtstag

- 4. 4. Gertrud Niessen, Köln
- 12. 4. Franziska Struth, Essen
- 17. 4. Gustav Mouritz, Krefeld
- 18. 4. Anni Potthoff, Herne
- 28. 4. Heinrich Hunnenberg, Krefeld

### 93. Geburtstag

- 8. 4. Karl Leike, Lemgo
- 10. 4. Erna Hubrich, Wilmsdorf
- 12. 4. Margarete Pieperei, Köln
- 21. 4. Fritz Neunzig, Lohmar

### 94. Geburtstag

- 10. 4. Franz Klein, Köln
- 11. 4. Irma Breunig, Aachen
- Hedwig Ufermann, Oberhausen
- 16. 4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn
- Frieda Salchow, Bielefeld
- 22. 4. Hildegard Garloff, Harsewinkel
- Ilse Packebusch, Haltern
- 23. 4. Anneliese Schneider, Waldbröl
- 27. 4. Babette Sobiech, Herten
- Katharina Wiemers, Kiel
- 28. 4. Stefan Kremer,  
Bergisch Gladbach

### 95. Geburtstag

- 10. 4. Wilhelm Kramer,  
Schloß Holte-Stukenbrock

### 98. Geburtstag

- 18. 4. Herta Hemmer, Gelsenkirchen

### 99. Geburtstag

- 1. 4. Bernard Sievers,  
Bad Lippspringe

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen  
Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**







# Island - Gletscher, Geysire und Wasserfälle

## 20. bis 28. Juli 2014

**Reykjavik - Bessastadir - Blaue Lagune - Südküste- Borgarfjörður -  
Lavawasserfälle - Thingvellir - Gullfoss - Hveragerdi**

- ⇒ Flug ab/bis Düsseldorf nach Reykjavik
- ⇒ 7 Übernachtungen in einem 3\*-Mittelklasse Hotel
- ⇒ 7 x skandinavisches Frühstücksbuffet
- ⇒ Stadtrundfahrt Reykjavik - Bessastadir - Blaue Lagune
- ⇒ Ganztagesausflug Südküstenabenteuer
- ⇒ Ganztagesausflug Borgarfjörður
- ⇒ Ganztagesausflug Thingvellir - Gullfoss - Geysir
- ⇒ Transfers und Ausflüge im modernen Reisebus mit Klimaanlage

## Reisepreis pro Person im Doppelzimmer ab € 1149,-

Weitere Ausflüge vorab buchbar. Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an.

**GdP-Service GmbH**  
**Gudastraße 9 40625 Düsseldorf**  
**0211/29101 -44/-45/-63/-64**  
**[www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)**



## Senioren aktuell

### Bezirksverband Münster

9. April, APS-Seniorenveranstaltung, Verwaltungsrichter i. R. Klaus Deibel vom Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe zum Thema „Armutseinwanderung und soziale Grundsicherung“, Treffpunkt: 9.30 Uhr, LAFP, Weseler Str. 264, 48151 Münster

### Kreisgruppe Bergisches Land

8. April, Achtung geänderter Tagungsort: Besuch THW Wuppertal, Anmeldung bei Jochen Lube, Telefon: 02 02/8 97 79 39, Treffpunkt: 14.30 Uhr, THW Ronsdorf, Otto-Hahn-Str. 22, 42369 Wuppertal

Ab dem 13. Mai 2014 treffen sich die Senioren in einem neuen Tagungsort, Treffpunkt: Wuppertaler Hof, Winklerstr. 5, 42283 Wuppertal.

Außerdem kann man sich ab sofort für die Fahrt ins Blaue am 20. Mai 2014 anmelden.

### Kreisgruppe Heinsberg

3. April, Seniorentreffen, Themen: Jahresplanung, Bericht von der Bundesseniorenkonferenz, Versorgungsangelegenheiten, Jahresausflug, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Restaurant Haus Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg

### Kreisgruppe Recklinghausen

Jeden dritten Donnerstag im Monat, 17.00 Uhr, Treffpunkt: Kolpinghaus, Herzogswall 38, 45657 Recklinghausen. Vorsitzender: Wolfgang Klatta, Telefon: 0 23 61/1 62 57, E-Mail: wklatta@web.de

### Kreisgruppe Unna

30. April, Besichtigung des Flughafens Dortmund, Anmeldung bis zum 10. April 2014 bei Alfred Weber, Telefon 0 23 07/27 93 92 unbedingt erforderlich, Treffpunkt: 12.45 Uhr, Flughafen Dortmund, Flughafening 2, 44319 Dortmund

## Glücksnummern des Monats

45 17829

Christina Bielski, Bonn

45 18228

Inna Claus, Köln

45 17779

Philipp Emmel, Hagen

45 18394

Vera von der Krone, Märk. Kreis

**Die Gewinner erhalten einen GdP „Polizei-Teddy“.**

## NRW stellt Vertreter der Tarifbeschäftigten

Die GdP vertritt nicht nur die Beamtinnen und Beamten bei der Polizei, sondern auch die Tarifbeschäftigten. Das spiegelt sich in Zukunft auch in der Zusammensetzung des Bundesseniorenvorstands der GdP wider: Am 10. März haben die Delegierten der Bundesseniorenkonferenz in Potsdam den Kölner GdP-Kollegen Bernd Kohl (65) als zu einem der zwei stellvertretenden Bundesseniorenvorsitzenden der GdP gewählt. Damit ist erstmals auch ein Vertreter der Tarifbeschäftigten Mitglied im Bundesseniorenvorstand. Die Aufgaben, die auf Bernd Kohl in seiner neuen Funktion zukommen, sind für ihn nicht ganz neu: Als langjähriger Gewerkschaftssekretär der Geschäftsstelle in Düsseldorf ist Bernd Kohl bereits seit ihrer Gründung im Herbst 1989 für die Betreuung der Landesseniorengruppe der GdP zuständig. Ausgeschieden aus dem Seniorenvorstand ist hingegen der bisherige Vorsitzende der Bundesseniorengruppe, Anton Wiemers (66). Er hatte diese Funktion vier Jahre inne.

## Wegfall des Versorgungsausgleichs bei Tod eines Ehepartners

Beamte, die nach einer Scheidung zu einem Versorgungsausgleich nach altem Recht herangezogen worden sind, können verlangen, dass nach dem Tod des Ehepartners ihr eigener Versorgungsanspruch neu berechnet wird. Das geht aus einem bereits im vergangenen Jahr veröffentlichten Beschluss des Bundesgerichtshofes (Aktenzeichen XII ZB 635/12) hervor, das zurzeit in vielen Seniorengruppen diskutiert wird.

In vielen Fällen bedeutet die Neuberechnung des Versorgungsanspruchs, dass der überlebende Ehepartner sein bereits geteiltes Anrecht zurückerlangt und keinen Abzug eines Versorgungs-

ausgleichs mehr hinnehmen muss, auch wenn der verstorbene Ehepartner schon länger als drei Jahre aus diesem Anrecht Versorgung erhalten hatte.

Voraussetzungen für den Wegfall des Versorgungsausgleiches sind eine rechtskräftige Scheidung vor dem 01.09.2009, ein anhängiges Abänderungsverfahren vor dem Familiengericht und das Versterben des Ehegatten während des Änderungsverfahrens. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, ist der Versorgungsausgleich nur dann nicht zu zahlen, wenn der verstorbene Ehegatte noch keine drei Jahre Versorgung bezogen hat.

## NACHRUFE

Peter Pogoda	16. 9. 1960	Duisburg	Franz-Josef Pleye	19. 10. 1945	Paderborn
Heinrich Thielen	7. 12. 1928	Mönchengladbach	Wolfgang Nieleck	2. 6. 1936	Gelsenkirchen
Wilhelm Schröder	28. 11. 1923	Heinsberg	Margarete Ringe	15. 11. 1921	Düsseldorf
Willi Schulze	17. 2. 1927	Hagen	Christine Wissdorf	10. 5. 1925	Bonn
Ludwig Pauls	29. 5. 1925	Düren	Gerhard Ackermann	12. 7. 1957	Erfdkreis
Gisela Kuhlmeier	19. 1. 1925	Borken	Eckhard Jackisch	10. 12. 1934	Märkischer Kreis
Friedel Heinz Henning	9. 1. 1925	Hagen	Edeltraut Laskowska	23. 2. 1930	PAI Bochum
Doris Kirschhausen	17. 1. 1922	Bonn	Ferdinand Türffs	26. 1. 1925	Euskirchen
Heinz Rottmann	22. 4. 1924	Bochum	Albert Dudeck	17. 3. 1934	Wesel
Manfred Jacob	15. 3. 1941	Bochum	Johanna Lonken	29. 10. 1913	Bergisches Land
Rudolf Heinzl	23. 12. 1928	Aachen			

